

Pressemitteilung

Potsdam, 17. September 2015 / 125

Vizepräsident Dombrowski lobt Welle der Unterstützung für Flüchtlinge

Bei Rückfragen wenden
Sie sich bitte an:

Pressestelle des Landtages

Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-1002 / -1031

Fax 0331 966-1005

pressestelle@landtag.brandenburg.de
www.landtag.brandenburg.de

In einer öffentlichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltung im Plenarsaal des Landtages hat Vizepräsident Dieter Dombrowski heute die große Hilfsbereitschaft der Brandenburgerinnen und Brandenburger in der gegenwärtigen Flüchtlingssituation gelobt.

Im Rahmen der vom Landesparlament und der Universität Potsdam gemeinsam ausgerichteten Veranstaltung „Krise und Kritik – Repolitisierung der europäischen Öffentlichkeit?“ sagte er: *„Es freut mich, wie viele Bürgerinnen und Bürger klar Position für die Flüchtlinge beziehen und sich jeglichen Tendenzen von Rechts-extremismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit entgegenstellen. Da wächst eine neue Bürgerbewegung, da wachsen Eigeninitiative, Verantwortung und Beteiligung. Nicht zuletzt ist das eine große Chance für unsere Demokratie. Von Politikmüdigkeit ist derzeit nicht viel zu spüren.“*

Nach einem Einführungsvortrag von Prof. Dr. Hauke Brunkhorst diskutierte Vizepräsident Dombrowski vor internationalem Publikum mit der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts a. D., Prof. Dr. Jutta Limbach, und Brandenburgs Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz, Dr. Helmuth Markov. Dabei nahmen sie Mittel und Wege öffentlicher Anteilnahme an Zukunftsfragen der Europäischen Union in den Blick und debattierten Potenziale sowie Grenzen einer „neuen Öffentlichkeit“

Nach den Worten Dombrowskis ist einem regen Austausch zwischen Politik und Wissenschaft erhebliche Bedeutung für die Bewältigung europäischer Zukunftsfragen beizumessen: *„Die Begegnung mit der Wissenschaft bringt nicht nur frischen Wind in die politische Praxis, sondern eröffnet auch neue Perspektiven. Im Dialog können beide Seiten ihren Wissens- und Erfahrungshorizont erweitern.“*

Die heutige Vortrags- und Diskussionsveranstaltung fand im Rahmen der Konferenz „Die Politisierung der EU – Demokratisierungspotenzial oder Desintegrationsgefahr?“ statt, die vom 17. bis 18. September 2015 vom Lehrstuhl „Politik und Regieren in Deutschland und Europa“ an der Universität Potsdam durchgeführt wird.